2019/05 Inland

https://www.jungle.world/artikel/2019/05/der-abschied-wird-teuer

Deutsche Unternehmen bereiten sich auf den EU-Austritt Großbritanniens vor

Der Abschied wird teuer

Von **Anja Krüger**

** Langsam wird es ernst. Das zeigt der Countdown, den der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) ganz oben auf seine Informationsseite »Are you ready for Brexit?« für Firmen gestellt hat. **

Langsam wird es ernst. Das zeigt der Countdown, den der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) ganz oben auf seine Informationsseite »Are you ready for Brexit?« für Firmen gestellt hat. Dort werden die Tage, Stunden, Minuten und Sekunden bis zum 30. März gezählt, dem ersten Tag, an dem Großbritannien nicht mehr der Europäischen Union angehören wird, sofern es nicht zu einer Fristverlängerung kommt. Interessierte finden unter dem Countdown eine Checkliste, die darüber informiert, was Unternehmen angesichts des nahenden Austritts zu beachten haben, etwa Zollfragen oder Nachweise über den Ursprung von Vorprodukten ihrer Waren.

Für große Konzerne ist es vergleichsweise einfach. Sie haben genug Geld und Kapazitäten, um sich auf die verschiedenen Varianten des »Brexit« vorzubereiten. Der Automobilkonzern BMW zum Beispiel wird im April die Produktion in seinen vier britischen Werken für einige Wochen stilllegen. Das klingt allerdings dramatischer, als es ist. Denn BMW schließt die Werke regelmäßig für einige Wochen, um Maschinen zu warten oder auf den Bau neuer Modelle umzustellen. In diesem Jahr wird das vom Sommer auf das Frühjahr vorgezogen, unabhängig davon, ob und wie der EU-Austritt erfolgt. Man habe so auf jeden Fall Planungssicherheit, sagte eine Sprecherin des Münchener Unternehmens. Denn es ist ungewiss, ob nach dem 29. März noch alle für die Produktion erforderlichen Zulieferungen die Werke pünktlich erreichen werden.

> Fest steht nur eines: Es wird so oder so teuer für die Unternehmen, und da diese die Kosten in der Regel auf Kunden abwälzen, auch für die Verbraucher dies- und jenseits des Ärmelkanals. »Der ›Brexit‹ wird sowohl mit als auch ohne Austrittsabkommen zu hohen Belastungen für die Unternehmen führen, sei es wegen drohender Zölle oder zusätzlicher Bürokratie«, sagte Volker Treier, der Außenwirtschaftschef des DIHK.

Probleme mit der Planungssicherheit haben alle europäische Unternehmen, die in irgendeiner Weise mit Großbritannien verbunden sind. Während große Konzerne eher gut vorbereitet seien, sei das bei etlichen mittleren oder kleineren Firmen noch nicht der Fall, heißt es beim Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA).

Viele haben gehofft, dass sich die Vertreter der EU und Großbritanniens noch einigen und im Großen und Ganzen alles so bleibt, wie es ist. Nach Angaben des DIHK sind rund 70 000 Unternehmen in Deutschland vom britischen EU-Austritt betroffen, vor allem aus der Auto- und der Pharmabranche, der chemischen Industrie und dem Maschinenbau. Britische Firmen mit Sitz in Deutschland unterhalten 1 400 Niederlassungen und beschäftigen 240 000 Mitarbeiter. Deutsche Unternehmen haben in Großbritannien 2 500 Niederlassungen mit 400 000 Beschäftigten.

Zurzeit ist völlig unklar, wie die Loslösung Großbritanniens von der Europäischen Union verlaufen wird. Ein »harter Brexit« erscheint im Moment wahrscheinlich. Es ist aber durchaus möglich, dass der Austritt vertagt wird. Sollte das zwischen der EU und Großbritannien ausgehandelte, aber vom britischen Parlament mit großer Mehrheit abgelehnte Austrittsabkommen doch noch in Kraft treten, würde sich für Unternehmen bis Ende 2020 wenig ändern. Danach könnte ein Freihandelsabkommen die Bedingungen für Ex- und Importe festlegen.

Fest steht nur eines: Es wird so oder so teuer für die Unternehmen, und da diese die Kosten in der Regel auf Kunden abwälzen, auch für die Verbraucher dies- und jenseits des Ärmelkanals. »Der ›Brexit‹ wird sowohl mit als auch ohne Austrittsabkommen zu hohen Belastungen für die Unternehmen führen, sei es wegen drohender Zölle oder zusätzlicher -Bürokratie«, sagte Volker Treier, der Außenwirtschaftschef des DIHK. Deutsche Unternehmen, die Waren nach Großbritannien exportieren, müssten zum Beispiel die Herkunft ihrer Produktbestandteile nachweisen. Der DIHK geht davon aus, dass Firmen dafür rund 300 Millionen Euro jährlich ausgeben müssen.

Das ist nicht viel angesichts dessen, was ein Austritt Großbritanniens ohne Abkommen insgesamt kosten würde. Bei einem »harten Brexit« würden im Handel die Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) in Kraft treten. Das heißt: Exporteure müssten die Zölle zahlen, die die Tariftabellen der WTO vorsehen. Das sind im Schnitt drei Prozent des Warenwerts, bei Autos sind es zehn Prozent. Dem DIHK zufolge kämen Zölle in Höhe von mehr als drei Milliarden Euro im Jahr auf deutsche Unternehmen zu, darüber hinaus höhere Verwaltungskosten, etwa für neue Codierungen und die Beschaffung von Dokumenten. Nach Schätzung des DIHK würde allein das Ausfüllen von Zolldokumenten Kosten in Höhe von 200 Millionen Euro verursachen – das dürfte aber auch in vielen Unternehmen Neueinstellungen nötig machen. Hier entstehen auch neue Geschäftsfelder für Dienstleister. Denn mit den lästigen Zollangelegenheiten können Unternehmen auch Dritte beauftragen.

Ein weiteres großes Problem sind die Standards und Zulassungen für Produkte, die in der EU gelten – ohne Austrittsabkommen aber nicht mehr in Großbritannien. Unternehmen können die Zollformalitäten zwar elektronisch mit den Behörden abwickeln, die Warenlieferungen müssen aber abgefertigt werden. Der DIHK geht davon aus, dass bis zu

zehn Millionen zusätzliche Zollanmeldungen von deutschen Exporteuren bearbeitet werden müssen, von Importeuren rund 4,6 Millionen. Der deutsche Zoll ist zuversichtlich, dieses höhere Aufkommen bewältigen zu können. Im Bundeshaushalt 2019 sind 900 neue Planstellen für die Behörde vorgesehen. Der DIHK fürchtet aber, dass das neue britische Zollsystem CDS (Customs Declaration Service) bei einem »harten Brexit« noch nicht voll einsatzfähig wäre. Großbritannien ist der fünftwichtigste Handelspartner der deutschen Wirtschaft.

Kommt es zu einem »harten Brexit« mit Zollkontrollen, könnte ein veritables Verkehrschaos vor allem an den Grenzkontrollstellen in Großbritannien die Folge sein. Die britische Regierung hat Anfang Januar in Dover den »harten Brexit« **mit 89 gemieteten LKW simulieren lassen**. Der Test, bei dem die Laster auf den 32 Kilometer entfernten Parkplatz eines stillgelegten Flughafens auswichen, sei erfolgreich verlaufen, hieß es. Die Hafenstadt Dover gilt als Tor Großbritanniens zu Europa. Hier passieren täglich 10 000 LKW.

Kommen die nicht weiter, besteht die Gefahr, dass Lieferketten unterbrochen werden. Das ist vor allem für Wirtschaftszweige ein Problem, die wie die Autobranche die sogenannte Just-in-time-Produktion eingeführt haben. Dabei werden Rohstoffe und erforderliche Teile genau dann angeliefert, wenn sie für die Produktion gebraucht werden. BMW, Pharmaunternehmen und Firmen aus vielen anderen Branchen haben deshalb Vorräte angelegt und ihre Lager aufgefüllt.

Auch an anderer Stelle ist man durchaus auf einen »harten Brexit« vorbereitet. Die EU-Kommission hat für diese Möglichkeit Notfallpläne mit einer Reihe von Ad-hoc-Maßnahmen erstellt, mit denen Verwerfungen gemildert werden sollen, etwa im Bereich des Güterverkehrs. Aber auch die können nur in Kraft treten, wenn sich die Vertreter der EU und Großbritanniens darauf einigen. Das ist nicht so unwahrscheinlich, wie es derzeit erscheinen mag, denn britische Behörden gehen mitunter sehr pragmatisch vor. So hat die britische Zulassungsstelle für Arzneimittel entschieden, dass die von der EU zentral zugelassenen Medikamente auch weiterhin auf der Insel verkauft werden können. Und Neuzulassungen von Medikamenten in der EU will die Behörde künftig innerhalb von 67 Tagen übernehmen.

© Jungle World Verlags GmbH